

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Innsbrucker Nachrichten. 1854-1945 1926

5.11.1926



Unabhängige Tageszeitung mit Wochenbeilage

und mit der illustrierten Monatschrift „Bergland“.

Für nicht verlangte Einsendungen an Redaktion und Verwaltung wird keine Haftung übernommen, auch eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. — Eigentümer, Verleger und Drucker: Wagner'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck, Erlersstraße 5. — Verantwortlicher Schriftleiter J. E. Langhans. Für den Inseratenteil verantwortlich Rudolf Wagner.

Preis: Schriftleitung Nr. 750

Preis: Verwaltung Nr. 751

Bezugspreise: Am Platz monatlich in den Abholstellen S 4.20, mit Zustellung ins Haus S 4.60. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntagsnummer 30 Groschen. Mit Postzusendung monatlich S 4.60. Deutschland monatlich S 5.—; in das übrige Ausland monatlich S 7.—. Mit Postzusendung nach Süditalien oder Italien monatlich Lire 16.—, Einzelnummer Lire —.70 (—80). Postsparkassa-Konto 52.677.

Wiener Büro: Wien, I., Albelungengasse 4 (Schillerhof), Fernruf 24—29. Die Bezugsgebühr ist im vorhinein zu entrichten. Jedes einmal eingeleitete Bezugsverhältnis währt bis zum Ende desjenigen Monats, in dem die schriftliche Abmeldung erfolgt. Entgeltliche Anfragen im redaktionellen Teile sind mit einem Kreuz und einer Nummer kenntlich gemacht.

Nummer 255

Freitag, den 5. November 1926

73. Jahrgang

Wochenkalender: Montag, 1. Nov. Allerheiligen. Dienstag, 2. Nov. Allerseelen, Fast. Mittwoch, 3. Nov. Hubert. Donnerstag, 4. Nov. Karl Borr. Freitag, 5. Nov. Emmerich. Samstag, 6. Nov. Leonhard. Sonntag, 7. Nov. Engelbert.

Die Verhandlungen mit den Bundesangestellten.

Die Lage äußerst gespannt, Entscheidung heute mittags. — Die Frage der Pensionsstilllegung und der Einführung der Diensttaxe.

Wien, 4. November. (Priv.)

Die neuerliche Aussprache, die gestern zwischen dem Bundeskanzler und dem Finanzminister und den Vertretern der Bundesangestellten stattfand, hat keine Klärung der Situation gebracht. Die Beamtenorganisationen beharren auf den bekannten vier Forderungen, die sie vorgestern der Regierung überreicht haben und auf die sie bis heute mittags eine Antwort der Regierung wünschen. Der Bundeskanzler hat an die Beamtenvertreter einen Appell gerichtet, in dem er sie auffordert, auch auf die Lage der anderen Stände Rücksicht zu nehmen.

Von den Beamtenvertretern wurde erklärt, daß die Situation nach wie vor ernst sei und eine Streikgefahr unbedingt eintreten müsse, wenn bis heute mittags die Beamten nicht eine entsprechende Antwort von der Regierung erhalten. In führenden Beamtentreffen wird die Situation sogar als äußerst ernst bezeichnet.

Die Organisationen hatten nach ihrer vorgestrigen Stellungnahme erwartet, daß der Kanzler in der gestrigen Besprechung irgendeine Erhöhung der auszuwendenden Summe zugesprochen werde. Sein Vorschlag brachte aber gegenüber den linearen Erhöhungen von 12% Prozent Minderungen in der 10. bis 8. Dienstklasse um 21 bis 27 S., von der 1. bis zur 3. Dienstklasse um 88.8 S bis 98.5 S. Damit müßten die Besserstellungen in der 7. Dienstklasse (14.8 S), in der 6. (45.94 S), in der 5. (167.5 S) und in der 4. Dienstklasse (191 S) aufgehoben werden. Diese Minderungen seien aber unannehmbar.

Die Beamtenvertreter erklärten, daß im Falle, daß heute mittags keine neuen Vorschläge der Regierung, die als Verhandlungsgrundlage annehmbar wären, gemacht werden sollten, ein Konflikt zuerst bei der Post, beim Telegraphen und Telephon in Erscheinung treten würde. Die Regierung würde dann ihrerseits mit ihren Vorschlägen vor den Nationalrat treten, dem dann die schwierige Aufgabe züfiele, einen Ausweg zu finden. Da aber von den Beamtenvertretern erklärt wird, daß sie, falls nur halbwegs eine Grundlage für weitere Verhandlungen geboten werde, weiter verhandeln wollen, sind die Aussichten auf eine friedliche Beilegung noch immer nicht geschwunden. Jedenfalls muß man den Verhandlungen der Regierung mit großer Spannung entgegensehen.

Die Vorsprache bei der Regierung.

W. B. Wien, 4. Nov. Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Dr. Kienböck empfingen heute abends die Vertreter des Wer-Ausschusses, der Technischen Union und des Postzentralausschusses.

Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte, da von der Regierung konkrete Unterlagen für eventuelle Verhandlungen über den Vorschlag, zum Valorisierungsprinzip zurückzuführen, verlangt wurden, hätte er erwartet, daß man zunächst berechnen würde, wie sich eine lineare Bezugserhöhung von 12.5 Prozent in Valorisierungsprozentsen ausdrücken würde. Im Besitze dieser Grundlage könne man zusehen, in welcher Weise sich etwa mit vereinten Bemühungen innerhalb der Valorisierungskurve Ausgleich erzielen lassen.

Mehrere Mitglieder der Verhandlungskörperschaften stellten die Frage, ob die Regierung in der Lage wäre, für einen Ausgleich in der Valorisierungskurve über die 12.5 Prozent weitere Mittel bereitzustellen.

Finanzminister Dr. Kienböck begründete die Notwendigkeit, an den Budgetgrenzen festzuhalten mit seinen in den letzten Tagen verstärkten Erfahrungen. Der Finanzminister erläuterte hierauf die gegenwärtigen und die bei eventuellen Änderungen sich ergebenden Valorisierungsskizzen und die Auswirkungen auf die einzelnen Dienstklassen. Als Beweis dafür, daß die Regierung unausgesetzt alle Möglichkeiten in Betracht ziehe, wolle er nur anführen, daß sie auch Maßnahmen erwogen habe, die bisher noch nicht in Diskussion standen, so

ein eventuelles Zurückgreifen auf den seinerzeit ausgearbeiteten Entwurf eines Pensionsstilllegungsgesetzes, wonach Pensionen für solche Pensionisten, die im Erwerbsleben stehen und aus einem Erwerb zureichend für ihren Unterhalt sorgen können, zeitweise ruhen sollen.

Die Regierung habe sich auch mit der Frage einer Wiedereinführung der im Jahre 1923 abgeschafften Diensttaxe beschäftigt, die für die Beamten nicht allzu fühlbar gewesen sei und deren Wiedereinführung vielleicht Mittel für eine Milderung der Spannungen schaffen könnte. Er stellte es den Vertretern der Beamten anheim, ob auf diese Gedanken zurückgegriffen werden könne.

In der Diskussion wurden diese beiden Anregungen von mehreren Mitgliedern der Verhandlungskörperschaften als nicht annehmbar bezeichnet.

Dr. Mayer betonte namens des Postzentralausschusses den Zusammenhang zwischen Spannungsausgleich und der sogenannten horizontalen Überstellung. Nach einer längeren Aussprache ersuchten die Beamtenvertreter um eine kurze Unterbrechung zum Zwecke interner Beratungen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gab namens der drei Körperschaften Direktor Gold folgende Erklärung ab:

Der Wer-Ausschuß, die Technische Union und der Postzentralausschuß stellen fest, daß sich durch die heute von der Regierung abgegebenen Erklärungen eine Milderung der Lage nicht ergeben hat. Sie ersuchen die Regierung neuerdings, zu den gestern gemeinsam übergebenen vier Forderungen bis morgen mittags eine positive Antwort zu erteilen.

Ein letzter Appell des Bundeskanzlers.

Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte zunächst, die Regierung sei selbstverständlich bereit, im Laufe des morgigen Vormittags mit den Vertretern der Beamten wieder zusammenzutreten und ihnen eine weitere Antwort zu erteilen. Wir werden, für die Bundeskanzler fort, auch die Zwischenzeit nicht vorübergehen lassen, ohne alle in Betracht kommenden Fragen neuerlich zu überlegen. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, worin ich jetzt das Wesen des Problems erblicke. Sie beraten in diesen letzten Wochen ununterbrochen über die Angelegenheit eines einzigen Teiles der Bevölkerung, jener der Beamten, und sehen dabei nur wenig von der übrigen Welt, weil Ihnen keine Zeit dafür übrig bleibt. Ich aber und meine Kollegen der Regierung empfangen in den Zwischenpausen, die Sie uns bei diesen Verhandlungen lassen, eine große Zahl von Vertretern anderer Teile unserer Bevölkerung. Wir sehen und hören alle Gruppen der Bevölkerung. Wir müssen eben alle hören.

Gerade weil die Angelegenheiten der einzelnen Stände nicht in den Versammlungen dieser Stände entschieden werden können, hat jeder moderne demokratische Staat die Einrichtung des Parlaments als Stätte, wo Männer versammelt sind, an die alles herantritt, und die den Ausgleich im Ganzen suchen müssen. Dieser Ausgleich findet seinen Ausdruck in dem Budgetrecht des Parlaments, dem Grundrecht jedes Parlamentarismus. Pflicht der Regierung ist es, alles anzubieten, um mit Bewissenhaftigkeit darüber zu wachen, daß nicht eine Durchlöcherung des Budgets im Interesse eines Standes stattfindet, wenn ihr dieser Stand auch noch so teuer ist und ihr noch so nahesteht. Das bitte ich Sie zu berücksichtigen.

Aus diesem Grunde sieht es auch mitunter so aus, als ob wir hier fremde Sprachen zu einander reden. Sie sprechen die Sprache des Beamten, wir müssen die Sprache des österreichischen Volkes sprechen, das nicht nur diese eine Gruppe in sich schließt.

Aus unseren Worten klingt das alles wieder, was wir den ganzen Tag und die ganze Woche in uns aufnehmen, was wir zu hören und zu sehen bekommen. Deswegen ist es auch so schwer, zusammenzukommen. Wenn Sie hören, daß wir uns immerfort bemühen, neue Grundlagen für die Verhandlungen zu schaffen und Sie uns dann immer fragen, um wieviel kann das Budget durchbrochen werden, so geht es auf diesem Wege nicht weiter. Wir haben auch jetzt in dieser letzten Pause gerechnet und wieder gefunden, wie schwer es ist, zu sagen, was die Erfüllung der einzelnen Forderungen kostet, aber wenn man sich zusammensetzt und gemeinsam zu rechnen beginnt, so wird man irgendwo einen Ausgleich finden.

Wenn Sie aus diesen Verhandlungen eine Forderung hinaustragen wollen mit der Aufschrift: Die Regierung hat so und so viele Millionen jenseits der Grenze des Budgets zu geben versprochen, dann werden wir nicht fertig werden.

Ich richte den Appell an Sie: Bemühen Sie sich, wenn wir wieder zusammenkommen, österreichisch und nicht nur in der Beamtensprache zu sprechen. Wenn die Bevölkerung zur Überzeugung kommt, daß sie mit größerer Beruhigung in die Zukunft blicken kann, weil sie sich nicht durch die Forderungen der Beamten, die das Budget gefährden, bedroht fühlt, so bin ich überzeugt, daß dies für Sie von ebenso großer Wert sein wird, wie wenn Sie erreichen, daß der eine oder andere Beamte um einen Schilling mehr im Monat bekommt.

Die Verhandlungen werden morgen 11 Uhr vormittags fortgesetzt werden.

Die Kommerzialisierung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens.

Bei den am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen des Zentralausschusses der Telegraphen- und Fernsprechanstalten mit dem Generaldirektor Hoheisel, kam auch der Plan der Kommerzialisierung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens zur Sprache. Die Vertreter der Technischen Union erklärten, daß sie dieser Forderung nicht ablehnend gegenüberstehen und einen, nichternsten Erwägungen ständhaltenden und realisierenden Plan nach Kräften fördern würden. Die erste Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß der Telegraphen- und Fernsprechtsbetrieb vom Postbetrieb vollständig getrennt und gänzlich selbständig geführt würde. Des Weiteren müßten die Telegraphen- und Fernsprechanstalten, ebenso wie die Angestellten der Bundesbahnen um sechs Prozent höhere Gehälter als die übrigen Bundesangestellten und auch die proportionalen Pensionsbemessungsgrundlage erhalten.

Generaldirektor Hoheisel bemerkte, daß er von dem Plane zuerst aus den Zeitungen erfahren habe und daß erst nachher ihm Vertreter der Postgewerkschaft Mitteilungen über eine diesbezügliche Aussprache beim Bundeskanzler Dr. Seipel gemacht hätten. Er selbst habe zu dieser Angelegenheit noch nicht Stellung genommen.

Die Vertreter der Technischen Union führen dann noch aus, daß, wenn diese Angelegenheit in ein aktuelles Stadium treten sollte, sie eine sofortige Verständigung erwarten, denn einerseits könne eine solche Frage ohne den Zentralausschuß der Telegraphen- und Fernsprechtsbediensteten nicht behandelt werden, andererseits müsse auch der Technischen Union Gelegenheit gegeben werden, zu solchen einschneidenden Veränderungen rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Wie die Korrespondenz Berner erfährt, herrscht bei den nichtsozialistischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten eine sehr starke Stimmung gegen eine Kommerzialisierung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens. Diese Bediensteten erklären, daß sie diesem Plane, ganz abgesehen von einer Reihe anderer Gründe, vornehmlich deshalb ablehnend gegenüberstehen, weil der Plan von jener Seite stammt, die vor Jahren die Entprivatisierung der Postanstalten propagiert und dadurch eine heillose Verwirrung und andere Unzulänglichkeiten hervorgerufen hat. Diese Bediensteten wollen auch nach Abschluß der jetzigen Gehaltsbewegung die Kommerzialisierungspläne in öffentlichen Versammlungen zur Diskussion bringen.

Der Druck der internationalen Militärkommission auf die Industrie.

Zerstörungen und Beschlagnahmen von Maschinen und Anlagen.

Wien, 5. Nov. (Priv.) Wie die „Wiener Neuesten Nachrichten“ erfahren, hat die internationaler Militärkommission in der letzten Zeit wieder eingehende Untersuchungen in einer Reihe von industriellen Betrieben vorgenommen. Diese Untersuchungen erstreckten sich nicht nur auf Maschinen, sondern auch auf verschiedene andere Einrichtungen, Vorräte und Bestände der Unternehmungen. In einer Anzahl von Unternehmungen wurden Maschinen beschlagnahmt, die entweder vollständig zu zerstören sind oder umzubauen und nach dem Umbau überdies aus dem Betrieb entfernt werden müssen. Der für die vollständige Zerstörung bestimmte Maschinenpark umfaßt 800 Maschinen, für die zweite Kategorie der zu beschlagnahmenden Maschinen sind 2000 ins Auge gefaßt worden.

Neben diesen Maschinen müssen aber in Oesterreich noch bestimmte, von dem Liquidierungsorgan bezeichnete Sa-

selbständige Basis zu stellen, ihren Geschäftskreis nicht allzu sehr einzuzengen und sie von fremden Einflüssen unabhängig zu machen.

Präsident Re der regie an, es möge auch bei der Postsparkassa ein Kontrollorgan öfter im Jahr die Ueberprüfung der Geschäftsführung besorgen. Die Entscheidung fand einstimmige Annahme.

Die jüngsten Sozialversicherungsvorlagen.

Ueber dieses Thema referierte Kammersekretär Dr. Gerhardsinger in längeren Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Die maßgebenden Organisationen der Unternehmerschaft haben stets anerkannt, daß die Sozialpolitik, insbesondere die Sozialversicherung und soziale Fürsorge, notwendige Bestandteile der Privatwirtschaftsordnung sind. Ueber die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung dürfte daher keinerlei Meinungsverschiedenheit bestehen. Weit gehen dagegen die Auffassungen über die Grenzen und die Ziele der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge auseinander.

Ueber die Grenzen der sozialen Aufwendungen bestehen also wesentliche Streitpunkte. Der Streit hätte sicherlich keine solche Heftigkeit angenommen, wenn sich die Gesetzgebung bei allen den unzähligen Leitreformen der letzten Jahre die Gesamtlage der Wirtschaft und die Gesamthöhe der sozialen Aufwendungen vor Augen gehalten hätte.

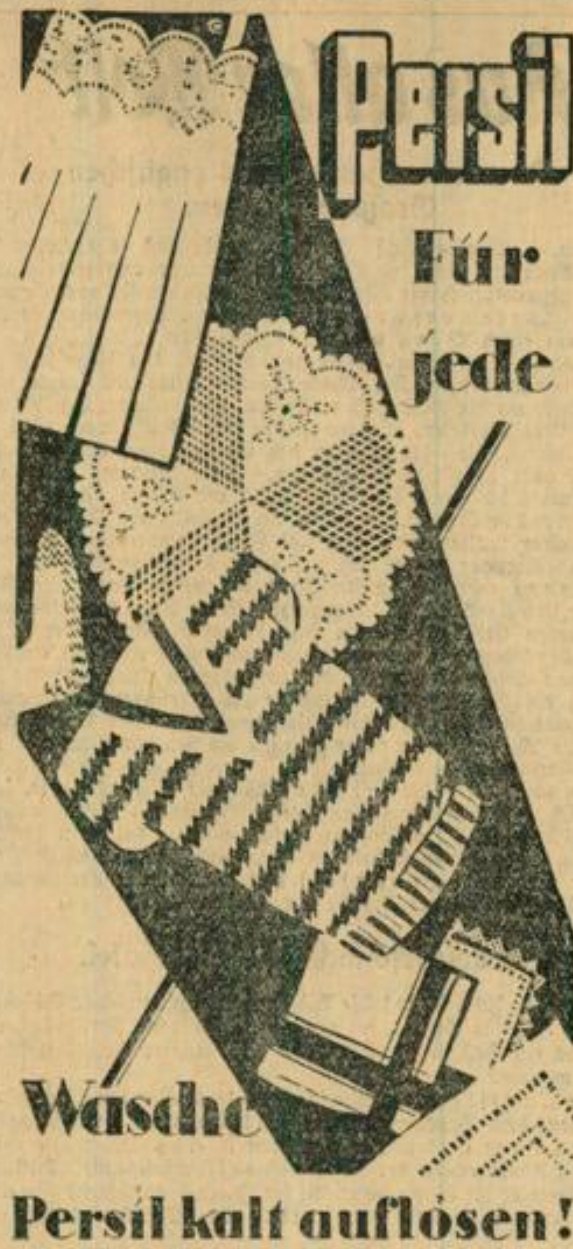
Es ist gewiß zuzugeben, daß in Depressionszeiten und Notzuständen — und wir Oesterreicher sind seit dem Bestande unserer Republik aus ihnen nie herausgekommen — die sozialpolitischen Wünsche und Forderungen sehr im Vordergrund des Interesses stehen. Man kann aber diese Notzustände und Krisenerscheinungen durch eine ergiebiger und intensiver Sozialpolitik, wie Arbeitnehmerkreise meinen, keineswegs restlos bekämpfen und befriedigen.

Ueber Eines darf man sich unter gar keinen Umständen täuschen: eine Ueberpannung der Sozialpolitik vermag eine so geschwächte Wirtschaft wie die unsere auf die Dauer keinesfalls zu ertragen. Auch für diejenigen, die die Sozialpolitik für einen Kulturfortschritt halten und ihr Fortbestehen daher lebhaft wünschen, muß es klar sein, daß ein Zuviel antisozialer Wirkt. Angestellte und Arbeiter haben mehr davon, wenn die Wirtschaft läuft und wenn sie darin ihren Platz ausfüllen können, als wenn sie als unbeschäftigte Mitglieder der Gesellschaft von der Arbeitslosenversicherung leben müssen; auch für die Sozialversicherungsinstitute selbst ist es besser, kleinere Beiträge von einer laufenden Wirtschaft zu bekommen, als gar keine von einer toten. Die gewaltige Ueberpannung unserer Steuerleistungen und der Steueransprüche aller öffentlichen Körperschaften beruht doch im Wesentlichen darauf, daß in dieser Zeit viel mehr an materiellen Dingen beansprucht und geleistet wird, als das österreichische Volk mit seiner zusammengebrochenen Wirtschaft heute zu ertragen vermag.

Immer gewinnt man nämlich bei der Behandlung versicherungs- und anderer sozialpolitischer Probleme den niederschmetternden Eindruck, daß von der Arbeitnehmerseite alle einschlägigen Fragen nicht als wirtschaftliche behandelt werden, sondern als rein politische Machtfragen. Gerade deswegen hat aber die Wirtschaft desto mehr Grund, die reale Lage, wie sie heute in Oesterreich vorhanden ist, nicht zu vergessen. Dies ist augenblicklich umso notwendiger, als die Behandlung der großen Sozialversicherungsvorlagen: Arbeiterversicherung und Angestelltenversicherung gemäß politischen Erklärungen anlässlich des Regierungsantrittes der gegenwärtigen Bundesregierung in ein atones Stadium zu treten scheint. Im Grundrisslichen ist zu diesen Entwürfen zu sagen, daß die beiden Vorlagen weit über das hinausgehen, was wirtschaftlich erträglich wäre, daß sie also zufolge der engen Beziehungen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik auch vom Standpunkte der letzteren aus abzulehnen sind.

Die Entwürfe zweier großer Sozialversicherungsgesetze sollen nicht bloß das bisher Erreichte in der Gesetzgebung verankern, sondern darüber hinaus einen neuerlichen Ausbau der Sozialversicherung in die Wege leiten, unbedenklich darun, daß eine Einordnung der Sozialpolitik in eine einheitliche Wirtschaftspolitik nie so unerlässlich war wie in diesen Tagen, in denen sich die Wirtschaft an allen Ecken und Enden nicht mehr in verletzter, sondern offener Krise befindet.

Dr. Gerhardsingers Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die Entscheidung einseitig angenommen.



Die Kammer zum geplanten Getreidemonopol.

Als Antrag der Industriesektion brachte RR. Rauch eine Stellungnahme der Kammer zum Getreidemonopol zur Sprache. Nachdem die Dringlichkeit einstimmig angenommen wurde, erörterte der Referent die gegenwärtige Situation, in der zur Behebung der Krise in unserer Landwirtschaft die Schaffung eines Getreidemonopols in Oesterreich nach schweizerischem Muster geplant sei.

RR. Herold-Ribbühl stellte den Ausführungen des Vortragenden entgegen, daß es nicht am Platze sei, im Augenblick der größten Not der Landwirtschaft gegen eine gemeinsame Aktion der Landwirte Stellung zu nehmen.

Musikverein Innsbruck Freitag, 5. November, 8 Uhr, im Musikvereinsaal Klavierabend Emil Schennich

Alle Kinder wollen Dr. Oetker's Puddings Advertisement with illustration of children and a pudding.

antrage eine Aussprache mit den landwirtschaftlichen Organisationen. Auch RR. Bürgermeister Steiner sprach sich für eine adwärtende Haltung aus. Die Bauernschaft sei sich selbst noch nicht klar, ob sie ein Getreidemonopol anstrebe, auch unter den Bauern an das Monopol viele Gegner. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es unklug, sich in die noch ungeklärte Lage irgendwie einzumengen.

Nachdem Hofrat Dr. Mader darauf hingewiesen hatte, daß es sich ja nur darum handle, rechtzeitig einer Gefahr vorzubeugen, wurde der Antrag Rauch mit dem Zusatzantrag angenommen, es möge dem volkswirtschaftlichen Ausschuß, dem der Antrag überwiesen wird, überlassen werden, ob er eine Aussprache mit den Vertretern der Landwirtschaft für zweckmäßig hält.

Vizepräsident Bürgermeister Schögl-Hall brachte nun einen von 17 Unterschriften unterstützten Dringlichkeitsantrag betreffend

Die Stellungnahme der Kammer gegen die Vergabung öffentlicher Bauten an auswärtige Firmen.

ein. Der Antrag lautet:

Dergelt werden umfangreiche Bauten von Zentralfstellen, insbesondere vom Elektrizitätsamt der österreichischen Bundesbahnen in Tirol ausgeführt und fast ausschließlich, vielfach sogar ohne öffentliche Ausschreibung an außertiroliche Unternehmungen vergeben, die zum Teil auch außertiroliche Arbeiter ins Land bringen.

Zur Begründung führte Vizepräsident Schögl an, daß fast sämtliche Arbeiten außerhalb der Elektrifizierung an Wiener Firmen vergeben werden, ein Zustand, der angesichts der Tatsache, daß die heimische Industrie in voller Leistungsfähigkeit steht, unhaltbar ist.

Mit aller Schärfe bekräftigte RR. Ing. Cantoni die Ausführungen des Vortragenden und wies darauf hin, daß mit bloßen Resolutionen und Anträgen nichts getan sei, es muß den öffentlichen Stellen, insbesondere auch den Bundesbahnen, endlich klar gemacht werden, daß sie gegen die erwerbenden Stände in den Bundesländern auch Pflichten haben. Wenn öffentliche Gelder zur Betriebsführung und Sanierung der Bundesbahnen verwendet werden, dann ist es nicht mehr als billig, daß die Arbeiten, die an Ort und Stelle notwendig sind, vom einheimischen Gewerbe ausgeführt werden.

Die Kammer stimmte dem Dringlichkeitsantrag einseitig zu, worauf die Vollversammlung geschlossen wurde.

Theater+Musik+Kunst

Stadttheater Innsbruck. Freitag abends halb 8 Uhr als Vorstellung der Schauspiel-Theatergemeinde Erstaufführung der französischen Lustspielnovelle „Das Sprungbrett der Liebe“.

Theater in St. Nikolaus. Der katholische Burschenverein Edelweiß (St. Nikolaus) spielt am Sonntag den 7. November um 8 Uhr abends im Theateraal, Innstraße 107, das fünfaktige historische Schauspiel „Marco Tjavelas der tapere Sultane“ von W. Benz.

Puppentheater, Museumstraße 22. Sonntag den 7. November 4 Uhr nachmittags erste Vorstellung der heutigen Saison „Schneewittchen“, nach dem gleichnamigen Märchen von Grimm, in neuer Ausstattung.

Musikverein Innsbruck. Heute 8 Uhr abends im Musikvereinsaal Klavierabend Direktor Emil Schennich mit folgendem Programm: Beethoven-Sonate op. 31/2, D-Moll; Reger: 2 Humoresken; Schennich: Nordische Stimmungsbilder (Uraufführung); Moussorgsky: Bilder einer Ausstellung.

Kammermusikabend Linser-Maschhofer. Wie kurz mitgeteilt, veranstaltet die heimische Violinkünstlerin Elise Linser im Beisein mit dem Basler Pianisten Bruno Raichhofer am Montag den 15. d. M. im Musikvereinsaal einen Kammermusikabend für Violin und Klavier mit einem modernen Programm, das Werke von Max Reger und Joseph Marx umfasst.

Tiroler Künstlerbund. Mitglieder des Tiroler Künstlerbundes (W. S. B. K.) veranstalten im Kunstsalon Unterberger vom 5. November bis 3. Dezember eine Weihnachts-Verkaufsausstellung, zu deren Besuch Kunstfreunde eingeladen sind.

Franz von Ullrich. Urania-Lichtbildvortrag des Konf. Benediktus Wegner. Wer sich eine Einführung in die Geisteswelt der französischen Welt erwarbt hatte, war wohl kaum befriedigt worden; wer sich aber einmal durch alle die Städte und Landstriche führen lassen wollte, in denen der Heilige lebte und wirkte, der hatte in dem Vortragenden einen kundigen, oft hinreichend begeisterten Führer gefunden.

Schmerz erfüllt geben wir die traurige Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, Frau

Marie Hofer

Metzgermeisterswitwe

nach langem, schwerem Leiden, jedoch unerwartet schnell, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 75. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung der teuren Verstorbenen findet am Sonntag, den 7. November, um 3 Uhr nachmittags, von der städtischen Leichenkapelle aus statt.

Die hl. Seelenmessen werden am Montag, den 8. November, um 8 Uhr früh, in der Johanneskirche gelesen.

Innsbruck, am 4. November 1926.

Josephine Pissinger geb. Hofer
Amalie Riek geb. Hofer Marie Hofer
als Töchter

Julius Pissinger, Fleischbauer
Rudolf Riek, Direktor
als Schwiegeröhne

im Namen der Enkelkinder und übrigen Verwandten.

Erste titrol. Leichenbestattungsanstalt „Concordia“.

Allen lieben Verwandten und Bekannten geben wir tieferschüttert die traurige Nachricht vom Tode unserer innigstgeliebten Gattin, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Betty Kienzle geb. Schwaighofer

Konditorsgattin

welche nach zweitägigem Krankenlager, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, heute, abends halb 6 Uhr, im Schwazer Krankenhaus sanft im Herrn entschlafen ist.

Die Beerdigung findet in Rattenberg am Sonntag, den 7. November, 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause aus statt.

Der hl. Seelengottesdienst wird am Montag, um 8 Uhr früh, in der Stadtpfarrkirche abgehalten.

Um stilles Beileid bitten in tiefster Trauer

Fritz Kienzle als Gatte

Familien Amann, Cornet, Samwald,
Kienzle-Güttinger.

Rattenberg, Bregenz, Innsbruck, Steyr,
Anhausen (Württemberg), 3. November 1926.
4736

Tieferschüttert geben wir hiermit Nachricht, daß unsere innigstgeliebte, herzengute Mutter, bzw. Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Nothburga Wwe. Weidacher

geb. Peintner

heute nach langem, schwerem Leiden und Empfang der hl. Sterbesakramente im 59. Lebensjahre gottgegeben verschieden ist.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 6. November, um 3 Uhr nachmittags, von der Leichenkapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Die hl. Seelenmessen werden am Dienstag, den 9. November, um 8 Uhr früh, in der St. Jakobs-Stadtpfarrkirche gelesen.

Innsbruck, am 4. November 1926.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen.

Leichenbest. „Pietät“, M. Winkler Jr., Anlehstr. 1.

Erstklassige Fieber-Thermometer

Minuten-Maxima, mit Milchglasskala und gelber Kapillare, daher sehr deutlich ablesbar.

Jedes Stück reichsamlich geprüft, einschließlich polierter Nickelhülse S 3.— sowie

Thermometer u. Flüssigkeitswagen für alle Zwecke billigst im Institut für Optik und Photographie

F. MILLER
INNSBRUCK

Meranerstraße 3. S 850 a

Marie WILLE

Innsbruck, Innrain 19 empfiehlt K401

für Herbst- und Wintereinkauf

- Damen-Spangenhemd, Chiffon 2.—
- Damen-Achselanschlußhemd, Chiffon . . . 3.20
- Damen-Achselanschlußhemd, Flanell . . . 3.90
- Damen-Prima-Flanellhemd m. Aermeln 5.—
- Damen-Flanell-Nachthemd 4.50
- Damen-Barchenthose 3.50
- Damen-Nachtsacke, Chiffon 4.50
- Damen-Nachtsacke, Flanell 4.80
- Damen-Barchentunterrock 5.—
- Damen-Leibchen, gestriekt 2.50
- Damen-Strümpfe 1.—
- Damen-Bundschürzen 2.40
- Schöne Lüster-Kleiderschürze 12.—
- Damen-Barchentkleider, prima 9.30
- Prima Barchent-Kopftücher 1.40
- Mädchen-Flanellhemden 1.60
- Mädchen-Flanellhoserl 2.—
- Mädchen-Waschschürz 2.—
- Reizende Kindertüchl mit Bildern . . . 3.35
- Knabenhemden, Flanell 3.20
- Knabenunterhose, Flanell 2.80
- Kinder-Wollsockerl 2.30
- Färbige Taschentücher 3.35
- Flanell-Herrenhemden, prima 5.50
- Herren-Unterhosen, Mollino 3.50
- Herren-Unterhosen, Flanell 4.80
- Herren-Socken, extra starke 1.50
- Herren-Hosenträger 1.20
- Herren-Sockenhütter 1.40
- Herren-Taschentücher, weiß und färbig . 80
- Schöne Barchent-Leintücher 5.60
- Kompl. Baumwoll-Leintuch 4.50
- Kompl. Damast-Bettbezüge 13.—
- Kompl. Damast-Polsterbezüge 4.—
- Kompl. Chiffon-Polsterbezüge mit Skumchen 3.—
- Windelflanell, weiß, per Meter 1.—

Sixta 5000 Ritz erstklassig, haltbares 10526

Winterobst

in größeren und kleineren Quantitäten hat zu verkaufen Obstbauverein Prag.

Moderne Mantelkleider K401

in allen Größen stets lagernd, billigst bei **F. Ellskases, Anlehstraße 10, 1. Stock.**

B 38 b E 2748/26

Versteigerungsedikt.

Am 6. November l. J., vormittags halb 9 Uhr, werden beim gefertigten Gerichte, Schulstraße 1, Zimmer Nr. 75, öffentlich versteigert:

Strümpfe, Socken, Kinderleibchen, Hosenträger, Selbstbinder, einige Ausfälle, ein Damenkleid, ein Paar Ski mit Stöcken, ein Eispickel, ein 45 Meter langes Seil, zwei Jagdgewehre, ein Revolver, eine Korbfasche, einige Holzhausen, eine größere Anzahl verschiedener Damenhüte, eine Briefmarkensammlung, einige Bilder und andere Gegenstände.

Versteigerungsamt Innsbruck

Zustell- und Exekutionsabteilung

am 4. November 1926.

Blecha, Justizsekretär.



Eine lehrreiche Geschichte in 10 Bildern

Der Kaffee war auch gar nicht schlecht,
Nur etwas bitter — sagt Frau Specht.
Da sprach die gute Tante Nolte:
Helene, was ich sagen wollte,
Ich kann mir denken, wie 's gekommen,
Du hast zu viel Titze genommen,
Daher rührt auch die Bitternis.
Nehk dir, daß Titze sparsam ist.

Fortsetzung in einer Woche an der gleichen Stelle.

Titze Felgentaffe — Feinste Kaffeewürze.

M 251

PENDELKUCHEN
M 80
Leop. Fuchs
Innsbruck
KÜCHENGERÄTE

Großhandlungshaus
S. Freudenfels & Co.
Innsbruck, Museumstraße 1—3, 1. St.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
von Manufaktur-, Kurz-, Wirk- und Modewaren

Tanzinstitut H. Wergles

Leitung: Herr Richard Konstant.
Sonntag, den 7. November, und jeden folgenden Sonntag

Perfektions-Abend

im Lehrsaal Hotel Viktoria.
Privatstunden und Kurse jederzeit.
Auskunft: Tägl. von 2—7 Uhr im Lehrsaal.
471

Geschäftseröffnung.

Gebe dem P. T. Publikum von Pradl und Innsbruck bekannt, daß ich am 6. November l. J. meine

Fleischhauerei und Selcherei

in der Gabelsbergerstraße 21

eröffne.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die P. T. Kunden durch nur prima Ware und solide Bedienung zufriedenzustellen.
Ich bitte um recht zahlreichen Zuspruch und zeichne

hochachtungsvoll

Hans Hörhager

Fleischhauerei und Selcherei
Pradl, Gabelsbergerstraße 21.
4720

Klaviere

Pianos, Harmonium am preiswürdigsten aus erster Hand bei **Schneider & Söhne** Klavierfabrik seit 1865
Wien—Linz
Innsbruck
Leopoldstraße 44
Reparaturen u. Stimmungen sorgfältigst

Radio

2-Röhrenapparat, sehr lautstark, empfängt mit Zimmerantenne alle maßgebenden europ. Stationen mit oder ohne Batterien sehr preiswert zu verkaufen. Fröh. Fugent, Straße 11a, Tür 9. Da 16-7

Dr. med. univers. Hans Baur
ehemaliger Abteilungsarzt der chirurgischen, gynäkologischen und geburtshilflichen Klinik,
eröffnet am 3. November 1926 seine Privatpraxis
Innsbruck, Saggengasse 30.
Ordiniert an Wochentagen von 8 bis 10 Uhr vormittags und 3 bis 4 Uhr nachmittags.
An Sonn- und Feiertagen von 9 bis 10 Uhr vormittags. B 6 b

Hotel Maria Theresia — Schwemme
Billiger Ausschank von
Gösser Spezialbräu - Gösser Stiftsbräu
per 1/2 Liter 40 Groschen
M 125

Der Jahresgottesdienst
für meine liebe Frau
Lini Windisch
findet am 6. November, 6 Uhr früh, in der Servitenkirche statt. 4754

Suche stillen Teilhaber
für mein gutgehendes Kurz- und Modewarengeschäft mit einer Einlage von zirka 10.000 bis 15.000 S.
Unter „Günstige Kapitalsanlage 4764“ an die Verwaltung dieses Blattes.